

FOTO: VEIT NIETTE



Wie im Wilden Westen

Das Integrationsgesetz verdient wohl kaum seinen Namen. In Bielefeld wollen Integrationsarbeiter weiter ihr Bestes geben. Von Bernd Kegel

Hurra! Ein neues Gesetz ist da! »Es ist ein Integrationsgesetz!«, jubeln Merkel, Nahles, Gauck, de Maizière. »Ein großer Wurf«, freut sich die Regierung. »Wir versuchen, trotzdem vernünftig weiterzumachen«, heißt es dagegen in Bielefeld: Im IBZ, im Amt für Integration und überall dort, wo seit Jahren Integrations-Arbeit geleistet wird – da hält sich die Begeisterung in Grenzen. »Wir müssen irgendwie versuchen, mit diesem Gesetz korrekt umzugehen und dennoch weiterführen, was wir an Konstruktivem seit langem leisten«.

Den Auswirkungen des »großen Wurfs« lokal nachzuspüren gleicht der Suche nach dem Phantom. Phantom der Opfer. Dieses Phantom ließe sich schlicht und ergreifend mit dem vernichtenden Urteil Schad nix ins Nirwana schicken. Viel Lärm um nichts. Wenn die Bundesregierung diesen Lärm nicht überaus programmatisch in die rechte Ecke gesandt hätte. Um dort zu beruhigen. Was dort wahrscheinlich eher Mut macht.

Pfründe mit dem Sheriff verteidigen

In vielen Kommunen benehmen sich die Leute wie damals in Dodge City und Laramie. In den Westernstädten gerieten sie in Aufruhr, wenn Nachzügler ankamen. Andere Menschen, die dasselbe wollen, wie die, die früher gekommen waren. Da suchten Alteingesessene Heil beim Sheriff und forderten ihn auf, mit klirrenden Sporen und blinkendem Stern die Dorfstraße rauf und runter zu laufen, ab und zu einen abzuknallen, einzubuchten, einzunorden. Das neue Integrationsgesetz gleicht so einem Sheriff; einem Instrument, dessen klirrende Sporen Fördern und Fordern heißen. Das Einnorden ist das Ziel: damit die Neankömmlinge ordnungsrechtlich jenen Instanzen zugeführt werden (Jobcenter, REGE & Co), die die Menschen einspeisen in dieses System. Das heißt BRD und

ist ein höchst desintegratives. Denn Integration kommt als Letztes. Bei diesem neuen Gesetz.

Integration erledigen jene, die gegen diese neuerlich gesetzlich verordneten Widerstände ankämpfen. »In Bielefeld gibt es seit Jahren Arbeitskreise«, erklärt Emir Ali Sag vom Amt für Integration. »Weil das Thema Immigration ganz sachlich als Problem, aber auch als Chance betrachtet worden ist.« Und dies lange vor der Integrationsgesetzgebung. »Wir bieten Orientierungskurse an. Die beinhalten Sprachunterricht«, sagt Dirk Kleemann vom IBZ »Aber explizite Sprachkurse? Die sind nicht drin.«

Nachfrage fordern, aber wenig bieten

Das große »Wurf-Gesetz« fordert von Flüchtlingen. Es fordert aber nicht vom Staat, dass ausreichend Geld fließt. Es fordert Nachfrage, aber fördert zu wenige Angebote. »Es gibt Flüchtlinge, die geben einen Großteil ihres Geldes aus, um nach Bielefeld zu fahren, um am Orientierungskurs teilzunehmen«, erklärt Kleemann. Er meint anerkannte Flüchtlinge, denen nach dem Integrationsgesetz ein Wohnsitz zugewiesen wird in Orten, wo es mit der Integration gar nicht klappen will. Zum Beispiel, weil es dort keine Sprachkurse gibt.

Aber Wohnraum bekommen Flüchtlinge. Wobei es sein kann, dass ihnen im Asylverfahren ihre »Residenz« oder als anerkannte Flüchtlinge ihr »Wohnsitz« über den Köpfen abgefackelt wird. Weil dort manchen Alteingesessenen das Integrationsgesetz noch nicht weit genug geht. In Bielefeld scheint es aber tatsächlich eine Menge Leute zu geben, die dem Sheriff die lange Nase zeigen. Vielleicht liegt es daran, dass sie sich selbst – in diesem System – ein klein wenig wie Fremde fühlen sollten. So dass es nahe liegt, jenen, die neu ankommen, die Hand zu reichen. Anstatt ihnen die Faust zeigen.

Organisierte Spaltung

Mit dem Integrationsgesetz geht Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand ins Gericht

Viertel: Ist das Integrationsgesetz ein großer Wurf?

Annelie Buntenbach: Dieses Gesetz ist nicht die ausgestreckte Hand in Sachen Integration, sondern eine geballte Faust. Klar sind auch einige gute Maßnahmen drin, wie die assistierte Ausbildung oder die ausbildungsbegleitenden Hilfen für Geflüchtete. Aber die Grundlinie heißt Sanktion, Druck, Abwehr.

Wie zeigt sich das?

Zum Beispiel: Asylbewerber haben zwar keinen Anspruch auf einen Platz in einem Integrationskurs, aber jetzt können sie bei Androhung von Sanktionen zur Teilnahme verpflichtet werden. Das passt gut ins gern geschürte Bild vom faulen Flüchtling auf dem Weg in unsere soziale Hängematte. So ein Unsinn! Als müsste man sie zwingen! Dabei gibt es immer noch viel zu wenig Kurse. Und die, die es gibt, sind überlaufen. Deshalb ist ja die mögliche Teilnehmerzahl jetzt auf 25 hochgesetzt worden.

Und ein weiteres Beispiel: Für Geflüchtete, die aus Afghanistan hierher kommen oder anderen Ländern, wo die Anerkennungsquote bei den Asylanträgen unter 50 Prozent liegt, egal wie knapp, passiert gar nichts. Und das, obwohl klar ist, dass die allermeisten auf jeden Fall bleiben werden, weil sie gar nicht zurück können. Sie sind zu Untätigkeit verdammt. Was für eine unglaubliche Verschwendung!

Die Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge...

Die sind eine nicht hinnehmbare Einschränkung des Grundrechts auf Freizügigkeit. Nicht nur, dass so Menschen zugemutet wird, in Freital oder Bautzen zu bleiben. Diese Auflagen sind auch ein Hindernis bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Wie soll man denn eine Arbeit oder Ausbildungsstelle finden, wenn einen die Zuteilung nach dem Königsteiner Schlüssel in die Lausitz vorschlagen hat? Die Erfahrung, dass Netzwerke der Flüchtlinge sehr wichtig sind, berücksichtigt das Gesetz überhaupt nicht.

Was läuft gerade falsch in der Flüchtlingspolitik?

Da wird gesellschaftliche Spaltung organisiert und nicht Solidarität. Dass die CSU, aber auch immer wieder de Maizière und andere, die sich gegenseitig überbieten in immer schrilleren Forderungen nach Abwehr von Geflüchteten,



FOTO: DGB - SIMONE M. NEUMANN

Sanktionen, absurden Burkaverboten, schnellen Abschiebungen; das ist Wasser auf die Mühlen der AfD, extrem Rechter und Rassisten aller Art. Damit bleibt das Thema im Mittelpunkt, die AfD auch. Und letztlich wählen die Leute das Original, nicht die Kopie.

Wie läuft es aus Ihrer Sicht in Bielefeld?

In Bielefeld hat das Organisieren von Solidarität die Oberhand. Darüber bin ich sehr froh. Die Stadt hat die Lösung von Problemen ernsthaft in Angriff genommen, zum Beispiel bei der Unterbringung. Dabei läuft nicht immer alles rund, klar. Aber die Stadt informiert die Bürgerinnen und Bürger, das ist schon mal die halbe Miete. Was das Klima in der Stadt außerdem ganz entscheidend prägt, sind die vielen, die sich schon seit Monaten ehrenamtlich mit großem Elan für die Unterstützung von Geflüchteten engagieren – und all die, die nicht müde werden, immer wieder auf der Straße Nazis und Rassisten entgegenzutreten. Wo viele engagierte Demokratinnen und Demokraten auf der Straße stehen, ist kein Raum für Nazis, Rechtspopulisten und Menschenverachtung.

» Info »

Annelie Buntenbach ist Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zu ihren Schwerpunkten gehört unter anderem die Migrations- und Antirassismuspolitik.



LORBEER-APOTHEKE

Seit
50 Jahren
mitten im
Bielefelder
Westen

– Naturheilkunde –
– Homöopathie –

Apotheker Dietmar Becker e. K.
Siechenmarschstraße 32
33615 Bielefeld
Telefon 05 21 / 12 25 41

www.lorbeer-apotheke.de

Anzeige